

**Rede des PDS-Landesvorsitzenden Peter Ritter
auf der 3. Tagung des 8. Landesparteitages der PDS Mecklenburg-Vorpommern,
25. September 2004, Pasewalk**

Anrede,

Für die PDS war der Wahlsonntag ein guter Sonntag.

Die demokratischen Sozialisten erreichten in Brandenburg das beste Landtagswahlergebnis aller Zeiten.

Unsere Genossinnen und Genossen in Sachsen haben das beste Ergebnis in ihrem Bundesland seit 1990 erreicht.

Dazu, liebe Freunde in Brandenburg und Sachsen, herzlichen Glückwunsch von uns aus Mecklenburg-Vorpommern.

Der Wahlsonntag ist aber auch Anlass, sich intensiver mit rechtsextremistischen Tendenzen in der Gesellschaft auseinander zu setzen – klar und konsequent.

Der Wiedereinzug der DVU in den Brandenburgischen Landtag und der Einzug der NPD auf gleichem Niveau wie die SPD in den Sächsischen Landtag machen deutlich, dass Rechtsextremismus heute kein bloßes Phänomen ist.

Mit dem erstmaligen Einzug rechtsextremer Abgeordneter in Kommunalparlamente in unserem Land sind auch wir gewarnt.

Ich denke, es nützt nichts, die Wählerinnen und Wähler dieser Parteien zu beschimpfen. Alle demokratischen Kräfte müssen sich inhaltlich intensiver mit den Forderungen und Parolen der Rechtsextremen auseinander setzen und ihnen entgegen treten.

Kein Abwiegeln, kein kollektives Wegsehen mehr!

Diese Situation erfordert auch von uns neue Strategien im Kampf für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit.

Ich habe daher das „kommunalpolitische forum“ gebeten, eine Veranstaltung für unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu organisieren, um über Chancen und Möglichkeiten antifaschistischer Politik in den Kommunen zu diskutieren.

In wenigen Wochen wird der Landtag auf einer Festveranstaltung den 10. Jahrestag der Landesverfassung würdig begehen.

Eine gute Gelegenheit, wie ich meine, nicht nur über die Aufnahme des Tierschutzes in die Verfassung nachzudenken, sondern mit einer antifaschistischen Klausel auch deutlich zu machen: Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, nationalsozialistisches Gedankengut wieder zu beleben, SIND verfassungswidrig.

Im Hinblick auf den 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus und der Diskussion über eine Europäische Verfassung erscheint es mir auch dringend geboten, den Gedanken des Antifaschismus als Verfassungsgrundsatz ebenso auf europäischer Ebene zu thematisieren.

Das alles sind im Kampf gegen rechtsextreme Tendenzen wichtige Bestandteile.

Genauso wichtig aber ist, sich öffentlich den Nazis entgegenzustellen.

Mehr und mehr versuchen und versuchen Rechtsextreme, das Bild der Anti-Hartz-Demonstrationen zu beeinflussen.

Wir machen deutlich:

Sozialer Protest muss mit demokratischen Mitteln geführt werden und Alternativen vorschlagen.

Beides haben Rechtsextremisten nicht zu bieten und im Übrigen wollen sie es auch nicht.

Und wenn führende Politiker von SPD, CDU und Bündnis-Grünen wie auch viele Medienvertreter nicht müde werden, PDS und neofaschistische Parteien gleichzusetzen, leisten sie einen Beitrag zur Verharmlosung des Rechtsextremismus. BDI-Chef Rogowski hat das in der Freien Presse am Freitag dann noch auf die Spitze getrieben. Er glaube nicht, dass Investoren nicht mehr in den Osten kämen, „nur weil NPD und DVU in den Landesparlamenten sitzen“. Es gäbe immer wieder ein paar Rechte, die in den Parlamenten sitzen. Größere Sorgen macht ihm das Thema PDS.

Und so stellt sich Herr Rogowski bei den Wahlerfolgen der PDS die Frage, wie es sein kann, dass Menschen nach 15 Jahren Wiedervereinigung immer noch in dem Glauben sind, dass man eine Partei unterstützen sollte, die nichts als nein sagt. Schlussfolgernd nannte er es ein völlig falsches Signal an die Investoren, für den Fall, dass die PDS in Brandenburg an der Regierung beteiligt würde.

Herr Rogowski sollte sich fragen, wessen Geistes Kind er ist!

Anrede,

im August vor zwei Jahren stellten Bundeskanzler Schröder und sein Chef-Berater Peter Hartz ihre Vorschläge für eine Modernisierung des Arbeitsmarktes vor.

Bei dieser Vorstellung ist ein einziger aufgestanden und hat gesagt, dass er die Hartz-Vorschläge ablehnt, weil unter diesen Vorschlägen keine für Ostdeutschland vorhanden sind.

Dieser Politiker war Helmut Holter, Minister für Arbeit und Bau in Mecklenburg-Vorpommern. Herr Hartz antwortete ihm: Herr Holter, für mich hat die deutsche Einheit bereits stattgefunden. Sprich: Es bedarf keiner Sonderregelungen für die neuen Bundesländer.

Ernst genommen wurde diese Warnung also von den Schöpfern der Hartz-Gesetze nicht.

Versprochen wurde, wie so oft, ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Viele der Betroffenen glaubten den Versprechen.

Doch trotz Ich-AG'en, Job-Centern, der Umbenennung der Arbeitsämter in Agenturen für Arbeit, trotz so mancher Wundermittel, blieb eins aus:

Die deutliche Reduzierung der Arbeitslosigkeit.

Was wir dagegen erleben, ist die umfassende Durchsetzung neoliberaler Politik in Deutschland.

Unter dem vielversprechenden Titel *Agenda 2010* erfolgt der Um- und Abbau des Sozialstaates Bundesrepublik.

Ein Bestandteil dieser *Agenda 2010* sind die Hartz-Gesetze.

Und der schlimmste Auswuchs dabei heißt Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt.

In der Öffentlichkeit kennen wir es unter Hartz IV.

Und selbst wenn einige der Betroffenen davon profitieren sollten, es findet hier eine gigantische Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu Lasten der sozial Schwachen statt.

Das Hartz IV-Gesetz, getragen von einer großen Koalition von SPD/Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP, führt zu den tiefgreifendsten sozialen Einschnitten in der Geschichte der Bundesrepublik.

Hartz IV schafft keine existenzsichernden Arbeitsplätze.

Hartz IV zwingt in die Dequalifizierung.

Hartz IV geht zu Lasten der Kommunen.

Hartz IV verschärft die Armut.

Hartz IV hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun.

Gerechtigkeit ist laut Duden das Prinzip eines staatlichen oder gesellschaftlichen Verhaltens, das jedem gleichermaßen sein Recht gewährt.

Hartz IV ist also Ungerechtigkeit per Gesetz!

Wer behauptet, das festzustellen und zu sagen, sei Populismus, bagatellisiert die Befürchtungen tausender Bürgerinnen und Bürger und spielt leichtfertig mit der Zukunft des Landes!

Die PDS Mecklenburg-Vorpommern sagt daher von Anfang Nein zur *Agenda 2010*, wir sagen seit langer Zeit: Hartz IV ist Gift für den Osten.

Schon im Kommunal- und Europawahlkampf haben wir unsere Kampagne „Von 331€ kann man nicht leben“ gestartet.

In den Tagen seit dem 9. August haben wir im Land über 10.000 Unterschriften für eine Petition an den Bundestag gegen Hartz IV gesammelt.

Für die dabei auch von euch geleistete Arbeit sage ich ein herzliches Dankeschön.

Dieser Dank ist verbunden mit der Bitte, im Engagement gegen den Sozialabbau nicht nachzulassen. Ich bitte euch auch, immer wieder unsere Alternativen zu erklären.

Die PDS hat der *Agenda 2010* eine AGENDA sozial entgegengesetzt.

Wenn man das weiß und ernst nimmt, hört sich folgende Feststellung von CDU-Chef Rehberg nur noch lächerlich an.

Rehberg sagte im Landtag:

„Erst als die Zeitung mit den vier großen Buchstaben eine Kampagne angefangen hat, sind sie als Trittbrettfahrer aufgestiegen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren von der PDS, sie sind verantwortlich dafür, wenn Verunsicherung und Zukunftsängste bei den Menschen im Lande draußen herrschen.“

So, so, es gibt also eine Allianz zwischen der Zeitung mit den vier Buchstaben und der PDS.

Einen besseren Beweis, dass Bild-Zeitung lesen eben nicht bildet, hätte Herr Rehberg nun wirklich nicht bringen können!

Rehbergs arbeitsmarktpolitische Sprecherin, Karin Strenz, hat daher Recht, wenn sie feststellte, dass Populisten im Landtag nichts zu suchen hätten.

Denn es ist an Populismus nicht zu überbieten, im Vermittlungsausschuss dafür Sorge zu tragen, dass mit Hartz IV noch stärker an der Schraube des Sozialabbaus gedreht wurde, als SPD und Grüne sich trauten, und dann als CDU-Chef im Land Verständnis für die Demonstranten zu zeigen!

Wer so agiert, spielt mit den berechtigten Sorgen der Menschen im Land!

Doch die Wählerinnen und Wähler haben verstanden, Herr Millbradt und minus 15% für die allmächtige sächsische CDU lassen grüßen.

Anrede,
aber auch das Agieren unseres Koalitionspartners im Zusammenhang mit Hartz IV lässt so manchen Zweifel aufkommen, ob immer richtig wahrgenommen wird, was im Land so passiert.

Immerhin hat SPD-Landeschef Backhaus festgestellt, dass „...Agrarbetriebe... im Winter einen Großteil der Leute entlassen...“müssen.
Weiter stellte er fest, dass, wenn es nicht gelänge, sie innerhalb von zwei Jahren zwölf Monate lang zu beschäftigen, sie kein Arbeitslosengeld mehr, sondern das ab 2005 mit der Sozialhilfe zusammengelegte Arbeitslosengeld II erhalten.

Wenn denn das ALG II so toll wäre, wie von der SPD immer behauptet, wäre ja alles in Butter!

Aber Herr Backhaus stellt selbst weiter fest:

Mit dem ALG II wären die Offenlegung und Einbeziehung von Vermögen sowie des Einkommens von Partnern und Angehörigen in Bedarfsgemeinschaften verbunden.

Das , so Herr Backhaus im „Nordkurier“ vom 14. September, will Herr Backhaus „...den Menschen ersparen“.

Richtig, Herr Backhaus!

Ersparen sie das den vielen Betroffenen im Land!

Sorgen sie mit dafür, dass Hartz IV verschwindet.

Denn Hartz IV ist Gift für unser Land.

Das muss auch die Botschaft sein, die wir am 02. Oktober mit nach Berlin nehmen müssen.

Auch aus diesem Grund halte ich einen Sonderparteitag zu Hartz IV für wenig sinnvoll.
Wir müssen unsere Meinung sagen, hier und heute!

Ich rufe euch daher auf, in euren Kreisverbänden, in den Bündnissen vor Ort, für die Berliner Veranstaltung zu werben.

Ich würde mich auch freuen, wenn die Gewerkschaften auf Landes- und Bundesebene ihre vornehme Zurückhaltung zum 02. Oktober aufgeben und die Aktivitäten ihrer Kolleginnen und Kollegen vor Ort nachhaltig unterstützen!

Anrede,
neben den vielen außerparlamentarischen und parlamentarischen Aktivitäten hat uns auch immer wieder die Frage beschäftigt: Wie soll sich PDS als Regierungspartei in Sachen Hartz verhalten.
Und das zu Recht.

Um Erwartungshaltungen anderer, also außerhalb der PDS, zu erfragen, hatten Angelika und ich am 09. August Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden eingeladen.

Zahlreiche Gäste waren zu der Diskussion gekommen.

Nach der Diskussion haben wir festgelegt, dass wir

1. weiter gemeinsam über die Auswirkungen von Hartz aufklären wollen
2. weiter gemeinsam den Protest gegen Hartz vor Ort organisieren und entwickeln wollen und
3. gemeinsam dafür Sorge tragen müssen, dass die von Hartz IV Betroffenen zu ihrem Recht kommen.

Gefordert wurde dabei auch, dass das Landesausführungsgesetz zügig und in guter Qualität erarbeitet wird, und dass es bei Helmut Holter an der richtigen Stelle liegt. Weil man weiß, dass dort zuverlässig gearbeitet wird.

Heute kann ich euch sagen, dass der Landtag in der nächsten Woche das Gesetz verabschieden wird. Die Kommunen haben Rechtssicherheit. Rechtssicherheit im Interesse der Betroffenen.

Von der Vertreterin der Landesarmutskonferenz wurde auch gefordert, dass nun endlich ein „Armut- und Reichtumsbericht“ für Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet wird.

Eine Forderung, die von unserer Fraktion aufgenommen wurde.

Auf unsere Initiative hin wurde im Landtag ein entsprechender Beschluss gefasst.

Ich wünsche mir, dass mit der Erarbeitung dieses Berichtes zügig begonnen wird.

Ich wünsche mir auch, dass wir bei der immer wieder notwendigen Debatte über Möglichkeiten und Grenzen einer PDS-Regierungsbeteiligung den Blick, und das, was Menschen von uns erwarten, die nicht in der PDS sind, berücksichtigen.

Diese Debatte darf nicht zur inneren Nabelschau werden.

Bei dieser Debatte geht es natürlich auch um die PDS.

Aber eben nur auch, liebe Genossinnen und Genossen.

Denn es geht um viel mehr: um die Menschen, die in diesem Land leben.

Die Debatten um Hartz IV und um unser Engagement haben mir deutlich gemacht: Es ist unsere Aufgabe als Partei, mit unseren parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten sowohl in Regierungen und als auch in der Opposition und in breiten Bündnissen dazu beizutragen, dass sich politische Kräfteverhältnisse verändern und alternative Konzepte entwickelt werden. Alternative Konzepte, die man erklären und für die man um Mehrheiten werben muss. Anders geht das nicht.

Und erreichen können wir das nur, wenn wir als eine der Gesellschaft zugewandte Kraft agieren.

Wenn wir in der Gesellschaft etwas ändern wollen, dann dürfen wir sie nicht anderen überlassen.

Und da möchte ich doch mal an Friedrich Engels erinnern. „Man kann nicht zugleich in einer Gesellschaft leben und frei von ihr sein.“

Sich in der Gesellschaft zu engagieren heißt aber, weder zu allem ja noch zu allem nein zu sagen.

Unser politisches Handeln findet in einem konkreten politischen Umfeld, zu einem bestimmten Zeitpunkt und mit entsprechenden Bündnispartnern statt.

Im Leitantrag zum Bundesparteitag wird unser Agieren als „strategisches Dreieck“ beschrieben.

Dieses Dreieck bestehend aus

Widerstand und Protest
Mit- und Umgestaltung sowie
Entwicklung von über den Kapitalismus hinausgehenden Alternativen

muss auch unsere strategischen Überlegungen bestimmen.
Ich bin deshalb unbedingt dafür, dass wir den Antrag zur Erarbeitung eines Strategieprogramms heute beschließen und umgehend und genauso umgehend daran arbeiten.

Die gegenwärtig stattfindenden gesellschaftlichen Debatten sind auch für die PDS eine große Herausforderung.

Auch von uns werden neue Antworten erwartet.

Inhaltliche, personelle und strukturelle Defizite unserer Partei werden in diesem Prozess deutlich.

Und - wenn wir in der Gesellschaft etwas ändern wollen, müssen wir uns auch selbst verändern.

Der Prozess der notwendigen Selbstveränderung wurde auf dem Geraer Bundesparteitag mit dem Begriff Parteireform umschrieben und für die Bundespartei angestoßen.

Vor einem Jahr fand in Leipzig das erste bundesweite Treffen zu diesem Thema statt.

Unser Landesverband war mit einer starken Delegation vertreten.

Voller Tatendrang kehrten wir zurück und beschlossen, wie auf der Bundesebene, entsprechende Arbeitsgruppen bei uns zu bilden.

Nur leider – noch hat sich niemand dafür gefunden.

Wir dürfen also nicht nur beschließen, wir müssen auch machen!

Wir brauchen aktions- und handlungsfähige Strukturen.

Wir müssen unsere politischen Konzepte aktualisieren und prüfen, ob sie realistisch sind.

Wir müssen neue Formen der Einbeziehung von Mitgliedern und Sympathisanten in Diskussions- und Entscheidungsprozesse entwickeln.

Wir brauchen Personalentwicklungskonzepte und neue Mitglieder.

Und - wir brauchen ein einheitliches Erscheinungsbild.

Das alles muss Bestandteil unserer strategischen Überlegungen sein.

Anrede,
ein erstes Angebot zur Strategie-Debatte liegt heute mit den „Thesen zu politischen Alternativen in Mecklenburg-Vorpommern im Zusammenhang mit der Haushalts- und Finanzpolitik“ vor.

Das Papier beschreibt auch umfassend die Rahmenbedingungen, die die gegenwärtige Entwicklung unseres Landes prägen und unsere Handlungsspielräume bestimmen.

Unter diesen Rahmenbedingungen haben wir zwei Jahre angestrengt gearbeitet.

Im Herbst 2002 hat sich die PDS Mecklenburg-Vorpommern mit großer Mehrheit zur Fortsetzung der Regierungskoalition entschlossen.

Vor dem Hintergrund der herben Wahlniederlage und aktueller politischer Ereignisse, wie dem Irak-Krieg, hat sich keiner im Landesverband diese Entscheidung leicht gemacht.

Dieser Entscheidung vorausgegangen war eine politische Debatte über den Inhalt des Koalitionsvertrages, die seinesgleichen sucht.

Der intensive Meinungs austausch auf den Beratungen des sogenannten „Kleinen Parteitages“, den zu dieser Zeit übrigens niemand in Frage stellte, waren Voraussetzung für eine deutlichere Handschrift der PDS im Koalitionsvertrag.

Vorschuljahr, Konversion, Fortführung der Jugend- und Schulsozialarbeit, Integration und Zuwanderung, Sportförderung, Kampf gegen Rechtsextremismus, Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung, die Ablehnung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, nachhaltige Entwicklung, Rückkehr zum 12-Jahres-Abitur, Engagement gegen das Bombodrom, Tariftreuegesetz - all das sind Punkte, die sich nur so in der Koalitionsvereinbarung widerspiegeln, weil wir dafür gesorgt haben, dass sie dort stehen.

Nun müssen wir dafür sorgen, dass diese Punkte da nicht nur stehen bleiben, sondern auch umgesetzt werden. Einen Teil davon haben wir geschafft.

Das natürlich ist zuallererst Aufgabe der Fraktion und unserer Minister.

Das ist aber auch Aufgabe des gesamten Landesverbandes.

Denn mit der Zustimmung des Parteitages zum Koalitionsvertrag ist der gesamte Landesverband Träger dieser Koalition.

Anrede,
eine wichtige Schlussfolgerung aus den Erfahrungen der ersten Regierungsbeteiligung war die permanente Kontrolle darüber, wie der Koalitionsvertrag umgesetzt wird.

Aus diesem Grund bildeten wir unsere „Außerparlamentarische Begleitgruppe“.

Nach der Basiskonferenz vor einem Jahr legt die Gruppe heute dem Parteitag ihren zweiten Bericht vor.

Verbunden wird diese Debatte mit ersten strategischen Überlegungen auf diesem Parteitag.

Dass wir so herangehen, entspricht den Festlegungen, die wir auf der Beratung der Kreisvorsitzenden zum Umgang mit dem Brief des Kreisverbandes Bad Doberan vereinbart haben.

Im Beschluss des Kreisvorstandes der PDS Bad Doberan heißt es u.a.:

„Wir haben nur dann eine Chance, als politische Kraft wieder akzeptiert zu werden, wenn wir endlich wieder eigenes aktives Handeln erkennen lassen, eine Profilierung der PDS als gesellschaftliche Alternative ist nur in klarer Abgrenzung zur SPD möglich“

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, das tun wir.

Die Tatsache, dass sich z. B. SPD und PDS im Punkt 95 der Koalitionsvereinbarung einig sind, die Schäden in der Fischerei durch Kormorane und jagdbare Zugvögel in der Landwirtschaft deutlich zu minimieren, wird nicht wesentlich zur eigenen Profilierung der PDS beitragen.

Aber unsere deutliche Haltung zu Hartz IV ist eine solche Profilschärfung.

Und die SPD muss sich heute schon fragen lassen, warum sie den Punkt 69 der Koalitionsvereinbarung im Herbst 2002 mit unterschrieben hat und heute anders argumentiert.

Auch aus diesem Grund halte ich übrigens die beantragte Aussetzung des Punktes 69 für falsch.

Anrede,

- unsere deutlich andere Auffassung zur Gesundheitsreform einschließlich der Praxisgebühr,
 - unser Kampf gegen die Rentenungerechtigkeit
 - unser beharrliches Ringen um dringend notwendige Änderungen im Bildungssystem,
 - unsere neuen Wege in der Arbeitsmarktpolitik,
 - auch unsere deutliche Ablehnung des Irak-Krieges,
 - unsere deutliche Haltung zum geplanten Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner-Heide,
 - unsere klare Haltung gegen die Euro-Fighter-Stationierung in unserem Land,
- sind Ausdruck des Strebens nach eigenständigem Profil der PDS in einer Koalition.

Der 2002 ausgehandelte Koalitionsvertrag ist naturgemäß ein Kompromiss.

Die Bedingungen zur Umsetzung des Koalitionsvertrages für eine soziale und gerechte Politik in Mecklenburg-Vorpommern haben sich durch den neoliberalen Kurs der

Bundesregierung und der de facto bestehenden Großen Koalition im Bundesrat drastisch verschlechtert.

Die Langzeitarbeitslosigkeit konnte nicht wirkungsvoll eingedämmt werden .

Es ist Tatsache, dass der Kurs des Sozialabbaus von Gesundheitsreform über die Rentenpolitik bis hin zu Hartz IV voll durchgeschlagen hat und das Lebensgefühl der Menschen bestimmt.

Die Abwanderung besonders der jungen Menschen blieb auf hohem Niveau.

Ein Blick in den vorgelegten Halbzeitstand zeigt aber auch, dass durch Konsequenz, Beharrlichkeit und gute inhaltliche Untersetzung Fortschritte zu verzeichnen sind.

Das Kindertagesstättenförderungsgesetz ist vom bildungspolitischen Ansatz her eines der modernsten, wenn nicht gar das Modernste in der Bundesrepublik. In weiterer gemeinsamer Anstrengung mit allen Akteuren wird es jetzt darauf ankommen, dieses Gesetz in der Praxis zum Erfolg zu führen.

Aus diesem Grund wird der Landesvorstand die Initiatoren der Volksinitiative zur nächsten Landesvorstandssitzung einladen, um gemeinsam Erwartungshaltungen an das Gesetz zu debattieren.

Ein Programm, das sich seit langem bewährt hat und zum Markenzeichen des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors wurde, ist das Jugend- und Schulsozialarbeiterprogramm.

Gerade in einer Zeit, wo bundesweit Erschrecken über das Erstarken der rechtsextremen Parteien herrscht, kann und muss über dieses Programm alternative, aufklärende und kontinuierliche Jugendarbeit entwickelt werden.

Es macht doch keinen Sinn, erst Jugendfreizeiteinrichtungen zu schließen und dann über die Jugend zu klagen, die sich von Rechten einfangen lässt.

Notwendig ist daher die gesetzliche Verankerung und der Ausbau des Programms zu Jugend- und Schulsozialarbeit.

Und wenn CDU-Chef Rehberg in diesem Zusammenhang immer noch von „Holters Spielwiesen“ redet, dann ist er einfach nur populistisch.

Anrede,
wir haben die Multi-Media-Initiative aus dem Zukunftsfonds weiter geführt.

Wir haben die Residenzpflicht für Asylbewerber gelockert und die Gutscheinersorgung abgeschafft. Wir haben die Leitlinien zur Integration von Migranten auf den Weg gebracht.

Wir haben ein neues Sparkassengesetz verabschiedet, um Privatisierungen einen Riegel vorzuschieben.

Das alles und viel mehr findet ihr in der vorgelegten Bilanz, zu der Wolfgang Leuchter im Namen der Außerparlamentarischen Begleitgruppe noch ausführlicher sprechen wird.

Ihr findet in dieser Bilanz aber auch erstmals einen Vergleich der Koalitionsvereinbarung mit unserem Wahlprogramm.

Ihr werdet feststellen, dass eine Reihe von wichtigen Punkten des Wahlprogramms Aufnahme in den Vertrag fanden, bereits umgesetzt sind oder umgesetzt werden.

Ihr werdet weiter feststellen, dass, um so konkreter unsere wahlprogrammatischen Aussagen waren, sie um so deutlicher Widerspiegelung im Vertrag fanden.

Lasst es mich an zwei Beispielen kurz demonstrieren:

Erstens:

Im Wahlprogramm heißt es :

„Die Zahl der Stellen im „Freiwilligen ökologischen Jahr“ soll erhöht werden.“

In der Koalitionsvereinbarung heißt es:

„Das freiwillige ökologische Jahr wird weiter geführt und die Kooperation mit Polen, Estland und anderen baltischen Staaten ausgebaut“.

In der praktischen Umsetzung heißt das, dass es jetzt 132 Stellen im FÖJ gibt, 5 für polnische und 2 für estnische Jugendliche vorgehalten und finanziert werden.

Zweitens:

Im Wahlprogramm heißt es:

„ Wir wollen: Ein Bundeskonversionsprogramm, das durch Landeskonzepte untersetzt wird. Wir treten dafür ein, dass auch das Land ein Konversionsprogramm konzipiert.“

In der Koalitionsvereinbarung heißt es:

„Die Landesregierung sieht in einer modernen Konversionspolitik ein wichtiges Mittel zur Stärkung von ehemaligen Militärstandorten...“Die Leitlinien „Konversion“ des Landes werden fortgeschrieben...Die Landesregierung wird mit Nachdruck die Forderungen des Bundesrates vom Februar 2001 zur Schaffung eines Bundeskonversionsprogramms unterstützen.“

Abgesehen davon, dass ich mir etwas mehr „Nachdruck“ der Landesregierung wünsche, ist Standortkonversion erstmals als eigenständiger Fördertatbestand in das Regionale Förderprogramm des Landes aufgenommen. Noch im Herbst soll die Fortschreibung der Leitlinien für Konversion vorgelegt werden.

Dass es dazu zweier Landtagsbeschlüsse und mehrerer Gespräche mit dem Wirtschaftsminister bedurfte, will ich nur am Rande erwähnen.

Natürlich waren das alles keine Spaziergänge. Es sind Ergebnisse intensiver Anstrengungen.

Und darauf, liebe Genossinnen und Genossen, sollten wir stolz sein. Ich will ja nicht gleich, dass wir unsere Ergebnis bejubeln. Aber es kann doch nicht sein, dass für die PDS das Glas immer nur halb leer ist. Auch das gehört zum Selbstbewusstsein!

Deutlich machen aber diese Beispiele, dass, um so exakter und inhaltlich untersetzter unsere eigenen Vorstellungen sind, sie um so besser realisierbar sind.

Bestandteil unserer strategischen Überlegungen muss daher auch sein, machbare Alternativen zu entwickeln und sie zu erklären. Und zwar in einer Sprache, die jeder versteht.

Das enge Zusammenwirken von Fraktion, Vorstand und Landesarbeitsgemeinschaften ist an dieser Stelle dringende Voraussetzung.

So inhaltlich vorbereitet und ausgerüstet sollte es uns auch leichter fallen, selbstbewusster zu handeln, unsere Erfolge zu akzeptieren und diese auch zu vertreten!

Anrede,
vor uns liegen zwei wichtige Jahre.

Zwei wichtige Zielstellungen gilt es dabei zu erreichen:

Wir wollen erstens

Unseren Beitrag zum Wiedereinzug als Fraktion in den Deutschen Bundestag leisten.

Betrachten wir dabei die Europa-Wahlergebnisse nüchtern, so wie auf unserer Basiskonferenz im Juni in Waren, stellen wir fest, dass wir gegenüber der Bundespartei Nachholebedarf haben.

Auch die jetzt seit längerer Zeit konstant ausgewiesenen 7% für die PDS bundesweit dürfen uns nicht nachlässig machen.

Wie schmerzlich im Bundestag eine PDS-Fraktion fehlt, merken wir gerade in diesen Tagen deutlich. Petra und Gesine, denen wir Dank und Anerkennung aussprechen, brauchen Verstärkung.

Helfen wir mit, damit beide nicht länger allein sind.

Wir müssen zweitens: 2006 mit einer quantitativ und qualitativ gestärkten Fraktion in den Landtag einziehen!

Es gibt, das ist im Kommunalwahlkampf deutlich geworden, eine große Erwartungshaltung an die PDS.

An den Info-Ständen, auf unserer Wahltour, in Gesprächsrunden wurde immer wieder formuliert:

Ihr müsst mehr für Bildung tun.

Ihr müsst mehr gegen Arbeitslosigkeit tun.

Ihr müsst euch mehr gegen die SPD durchsetzen.

Ich habe immer darauf geantwortet, dass wir gern bereit sind, diese Erwartungshaltungen zu erfüllen. Dazu müssen die Erwartenden aber mehr PDS wählen.

Und damit sie das können, müssen wir unser Profil schärfen, unsere Alternativen inhaltlich deutlicher untersetzen. Die PDS ist für Menschen da und nicht umgekehrt. Wir können nicht Politik für uns selbst machen. Damit schließen wir uns aus der Gesellschaft aus.

Die Fraktion hat von ihrer Klausur aus dem Landesvorstand vier Vorschläge unterbreitet, mit denen wir uns in Vorbereitung der Landtagswahlen 2006 schwerpunktmäßig beschäftigen sollten.

Das sind

1. Soziale Gerechtigkeit und Solidarität
2. Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung
3. die weitere Ausprägung demokratischer Mitbestimmung
4. Erarbeitung eines Leitbildes für die nachhaltige Entwicklung unseres Landes

Auch die Außerparlamentarische Begleitgruppe schlägt Schwerpunkte vor, die die weitere Arbeit in der Regierungskoalition prägen sollen.

Es wird jetzt darauf ankommen, dass wir uns schnell zu den gemachten Vorschlägen verständigen und daraus die entsprechenden Arbeitsschritte ableiten.

Das sollte erster Arbeitsauftrag für die von mir im Änderungsantrag zum Strategieantrag vorgeschlagene Arbeitsgruppe sein.

Anrede,
die Außerparlamentarische Begleitgruppe stellt fest:

Die zweite Halbzeit entscheidet!

Um nach der zweiten Halbzeit mit einer positiven Tor- und Punktbilanz, sprich ausreichend Erst- und Zweitstimmen, abzuschließen, bedarf es eines auf Sieg orientierten Mannschaftsspiels.

Wir brauchen eine zwischen den Mannschaftsteilen - Kreisverbände, Fraktion, Vorstand und Ministerien - abgestimmte Strategie und Taktik.

Wir brauchen eine gute Kombination zwischen erfahrenen Hasen und jungen Heißspornen.

Die Führungsspieler müssen Verantwortung übernehmen und brauchen dafür das Vertrauen der ganzen Mannschaft.

Bei einem Fehlpass ist sachliche Kritik notwendig und angebracht.

Bei einer gelungenen Leistung darf sich auch gefreut werden.

Eigentore sind zu vermeiden, Abseitsfallen rechtzeitig zu umspielen.

Bei alledem dürfen wir eine kontinuierliche Nachwuchsarbeit nicht vergessen.

Wenn wir diese Fußballregeln beherzigen, ist mir um das Abschneiden der Mannschaft PDS nicht bange!

Für eine starke PDS: Sozial, mit aller Kraft!